



Deutsche Professoren, deutsche Studenten: „Versteinerte Verhältnisse zum Tanzen zwingen“

# „Mit dem Latein am Ende“

SPIEGEL-Serie über Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen

(siehe Titelbild\*)

Heute wird gern totgesagt: die Ehe, das Parlament, Opas Kino, der liebe Gott und auch die Universität. Doch alles atmet noch ein bißchen, und wie noch immer Ehen wider den Zeitgeist geschlossen werden und für manche die Bibel immer noch recht hat, so schleppt sich auch die Alma mater von Semester zu Semester — zu gesund zum Sterben, zu krank zum Leben.

Am Krankenbett drängen sich 300 000 Studenten, 30 000 wissenschaftliche Mitarbeiter, 7000 Professoren — lehrend und lernend so gut es noch geht, untereinander und miteinander streitend, uneins über Diagnose und Therapie — sowie das große Konsilium aller, die auch ein Rezept haben.

Da ist der Wissenschaftsrat, ein angesehenes Gremium von Hochschullehrern, Kulturpolitikern, Industriellen und Ministerialbeamten, das seit 1958 Regierungen wie Hochschulen berät und umfängliche Reformempfehlungen vorlegt — doch weder Politiker noch Universitäten brauchen sich daran zu halten.

Da ist die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK), das Forum der Hochschul-Chefs — zumeist nur reagierend auf das, was andere fordern oder verwerfen; sie hat 73 Plenarversammlungen hinter sich gebracht und denkt vorerst weiter nach über die „Neuordnung der Lehrkörperstruktur“.

Da ist der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), der Dachverband deutscher Hochschüler, der früher als staatsbeflissen galt und jetzt

wie ein „sozialistischer Kampfverband“ auftritt — heute Reformen verneinend, die er einst erstrebte.

Laut Grundgesetz für Hochschulfragen bisher nicht zuständig, aber auf Mehrheit von Kultur-Kompetenzen bedacht: der Bund, dem jetzt vom Parlament eine gewisse Verantwortlichkeit für die „Allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens“ übertragen wurde — doch noch ist ungewiß, wie weit diese Kompetenzen reichen sollen.

Ganz und gar zuständig in Hochschulfragen: die Kultusminister der Länder, die es fast zwei Jahrzehnte lang den Hochschulen überließen, sich selbst zu reformieren und nun, da sich diese Hoffnung als trügerisch erweist, allenthalben Hochschulgesetze planen oder mit Hilfe der Parlamente durchsetzen — zum Verdruß der auf Eigenständigkeit bedachten Universitäten.

Vernünftiges wie Aberwitziges, Banales wie Hochtrabendes erschallt aus dem dissonanten Chor der Studenten, die dem ehemaligen Stuttgarter Rektor Professor Fritz Leonhardt in ihrer Mehrheit noch immer „viel zu pflichtbewußt und fleißig, aber nicht wagemutig und streitbar genug“ vorkommen, in ihren radikalen Minderheiten aber eher streitwütig gegen „reformistische Scheiße“ agitieren, die „alte Wissenschaft“ für tot erklären und Steine werfen für eine neue Welt.

Progressives wie Reaktionäres, Einsichtiges wie Borniertes ist aus der Schar der Professoren zu vernehmen, die sich in ihrer Mehrheit als reformunfähig oder reformunwillig erwiesen haben und nunmehr eher hilflos dem studentischen Aufbegehren ge-

genüberstehen; manche von ihnen glauben noch immer, daß die deutsche Universität — wie es der Historiker Hermann Heimpel einmal in den fünfziger Jahren ausdrückte — „in ihrem Kern gesund“ sei.

Und da sind schließlich bildungspolitische Amateure wie Verkehrsminister Georg Leber, dem — laut „Frankfurter Rundschau“ — danach zumute ist, einigen Studenten der Soziologie und Politologie den Hintern zu verhauen und mindestens einigen Professoren dazu; oder wie der Unternehmensberater Ludwig Kroeber-Keneth, der als „Allheilmittel“ zunächst die „Schließung aller Universitäten“ empfiehlt und meint, die Wirtschaft müsse dazu übergehen, „sich die Menschen, die sie braucht, selbst zu backen“.

So einfach, so schwierig stellt sich das Problem der Erneuerung der deutschen Universitäten dar. So vielfältig sind die Interessen, so zahlreich die Interessenten. Und so vehement werden die Auseinandersetzungen geführt, daß — wie Baden-Württembergs Ministerpräsident Hans Filbinger sagte — die Hochschulen eine „Kampfstätte aller gegen alle“ geworden sind (siehe Kasten Seite 47).

Alle gegen alle mit Tomaten und Rempelen, mit Verächtlichmachung und Selbstbemitleidung, mit Pseudo-Argumenten und altväterischen Belehrungen. Wie radikal-reformerische Studenten sich in fanatisierten Teach-ins unter Anarchisten kaum noch Gehör verschaffen können (Hamburgs ehemaliger Asta-Vize Jens Litten: „Die würden mich verprügeln“), so erstickt die Stimme reformerischer Professoren häufig im Chor konservativer

\* Großer Hörsaal der Zweiten Medizinischen Universitätsklinik München.

Kollegen (Professor Alexander Schwan von der FU Berlin: „Wenn wir Reformen den Mund aufmachen, geht bei den anderen gleich der Vorhang runter“).

Zwischen Resignation und Fanatismus, im Wust von Geschwätz und Gezänk ist es mühselig geworden, ernsthaft zu diskutieren, was nach Ansicht des relativ kleinen Kreises einsichtiger Politiker, Professoren und Studenten diskutiert werden muß, etwa:

▷ ob das überkommene Prinzip der „Einheit von Forschung und Lehre“ ohne Ausnahme beibehalten werden soll — oder ob bestimmte Hochschulen oder Hochschulbereiche sich auf Forschung, andere sich auf die Wissensvermittlung konzentrieren sollen;

▷ ob in einer technologisch orientierten Industriegesellschaft die Geisteswissenschaften in vielen Schulen und Hochschulen noch einen Rang einnehmen sollen wie im 19. Jahrhundert — zu Lasten einer naturwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Ausbildung, die der Zukunft angemessen wäre;

▷ daß Hochschulausbildung und künftige Berufspraxis in neuen Studienplänen besser aufeinander abgestimmt werden müssen — Psychologie-Studenten zum Beispiel ihr Urteil durch die Beobachtung leibhaftiger Menschen schärfen und nicht nur, wie an vielen Instituten üblich, an papierernen „Blinddiagrammen“ mit Testberichten über irgendeinen XY;

▷ ob der weiter anschwellende Strom der Abiturienten nicht nur in die Universitäten herkömmlicher Art, sondern auch in neu zu errichtende Fachhochschulen (etwa für Ingenieurbereufe, für Wirtschafts- und Verwaltungslaufbahnen) gelenkt werden sollte, die sich innerhalb sogenannter Gesamthochschulen um die bestehenden Universitäten gruppieren würden;

▷ daß die hierarchische Struktur der Universität, in der Lehrstuhlinhaber (Ordinarien) fast unbeschränkt über Forschungsvorhaben, Lehrinhalte und Wissenschaftler-Karrieren bestimmen, ersetzt werden muß durch eine demokratische Universitätsverfassung, die Assistenten und Studenten wirksamere Mitbestimmungsrechte einräumt;

▷ inwieweit Entscheidungen an der Hochschule öffentlich fallen sollen und nicht wie bisher hinter verschlossenen Türen — angefangen von den Examina, in denen ein Professor Gunst oder Mißgunst walten lassen kann, bis zur Bestellung von Assistenten und zur Berufung von Professoren;

▷ inwieweit die überkommene Gliederung der Universität in Fakultäten (Philosophische, Medizinische, Naturwissenschaftliche etwa) aufgegeben werden soll zugunsten einer neuen Fachbereich-Organisation, wie sie nach amerikanischen Erfahrungen in doppelter Hinsicht vorteilhaft ist: einmal, weil sie der Team-Arbeit innerhalb einer Spezialdisziplin förderlich ist, zum anderen, weil sie Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen intensive Zusammenarbeit ermöglicht;

▷ wie die Hochschulbürokratie, bisher noch geteilt in akademische Selbstverwaltung und staatlich gelenkte Wirtschaftsverwaltung, vereinheitlicht werden soll und ob anstelle eines häufig nur für ein bis zwei Jahre amtierenden Rektors aus dem Professorenstand künftig ein für mehrere Jahre gewählter Präsident an die Spitze der immer mehr einem modernen Großbetrieb ähnelnden Universität treten soll — ein Präsident, der nicht unbedingt über akademische Würden verfügen muß, aber sich im modernen Management auskennt.

Wie und aus welchem Geist heraus diese Fragen entschieden werden — davon hängt nicht nur die Befriedung

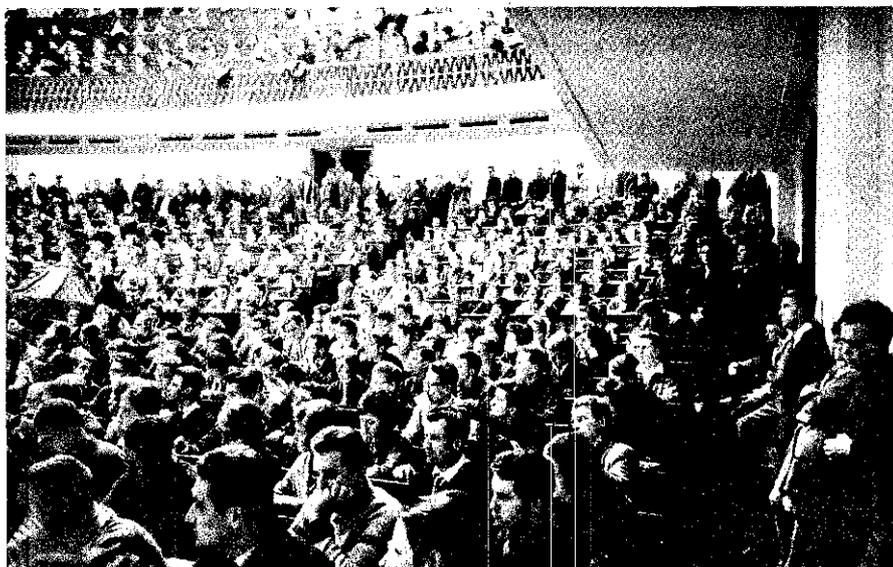
der aufgewählten Universitäten und das staatsbürgerliche Engagement ganzer Generationen des akademischen Nachwuchses ab, sondern nach Ansicht profiliertter Kritiker auch die kulturelle und wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik.

Was der Karlsruher Professor Karl Steinbuch in seiner Studie „Falsch programmiert“ über die Versäumnisse in Wissenschaft und Forschung sagt, gilt auch für den Hochschulbereich: „Wenn wir so weitermachen wie bisher, sind wir im Jahre 2000 keine international führende Industrienation mehr, sondern nähern uns dem Zustand eines unterentwickelten Landes . . . wissenschaftlich, technisch und sozial zurückgeblieben.“

In anderen Industrieländern sind die Weichen für das Jahr 2000 schon gestellt worden — sei es durch verstärkte Investitionen für Bildung, Wissenschaft und Forschung (wie in Großbritannien, das im Jahre 1984 bereits 2,3 Prozent seines Bruttosozialprodukts in „Forschung und Entwicklung“ investierte — im Gegensatz zur Bundesrepublik, die sich 1984 mit 1,6 Prozent beschied und es auch bis 1987 nur auf 2,1 Prozent brachte).

Sei es durch eine radikale Neuordnung des gesamten Bildungssystems (wie in der DDR, die — wenn auch reglementierend — praktisch jedes wissenschaftliche und technische Talent mobilisiert).

Oder sei es durch kontinuierliche Bemühung, die häufig zur Selbstisolierung neigenden Wissenschaften in Dialog miteinander und mit dem Alltag zu bringen (wie in Amerika, wo Team-Arbeit in der Wissenschaft selbstverständlich geworden ist und die Stu-



Universitätsprobleme Studentenandrang, Staatseingriff: „Kampf aller gegen alle“

diengänge der meisten Disziplinen längst entrümpelt worden sind).

In Westdeutschland aber wird in vielen Fächern noch gelehrt und gelernt wie vor 50 Jahren. Deutsche Studienräte müssen semesterlang Gotisch oder Althochdeutsch pauken, doch von praktischer Pädagogik erfahren sie fast nichts. „Der künftige Studienrat“, so kritisierte unlängst der Bochumer Pädagogik-Professor Joachim H. Knoll, „wird wie der präsumptive Privatdozent ausgebildet, als Spezialist, als Fachwissenschaftler; und kein Mensch scheint daran zu denken, daß dieser so ausgebildete Studienrat später zehnjährigen Schülern Interpunktion beibringen und mit zwölfjährigen Nacherzählungen üben muß — bei solchem Geschäft ist er ein meist hoffnungsloser Dilettant.“

Angehende Hochschul-Ingenieure werden mit viel, aber zu wenig zukunftssträchtigen Kenntnissen betrachtet, so daß der Berliner TU-Professor Friedrich-Wilhelm Gundlach sich zu der Feststellung genötigt sieht: „Der Ingenieur wird heute in seiner Berufspraxis mit der Lösung von Problemen betraut, von denen er während seines Studiums auch nicht andeutungsweise etwas gehört hat.“ In einer Epoche, in der Ingenieure etwa mit Laser-Strahlen umgehen müssen, die zur Zeit ihres Studiums noch gar nicht entdeckt waren, kommt es nach Gundlach vor allem darauf an, den Ingenieuren die Fähigkeit zum selbständigen Lernen zu vermitteln.

Angehende Mediziner bekommen in den ersten drei Jahren ihres Studiums kaum Patienten zu Gesicht — es sei denn beim Krankenpflagedienst. Professor Ludwig Demling, Direktor der Medizinischen Klinik und Poliklinik Erlangen, schreibt in einem Brief an den SPIEGEL: „Das mit dem Medizinstudium ist heute noch so wie zu meiner Zeit. Man weiß nach dem Staatsexamen vielerlei und kann nichts.“

Anders in Amerika, wo die Medical Schools beispielsweise dazu übergehen, schon den Studenten der Anfangssemester eine Schwangere als „Leitpatientin“ und Studienobjekt anzuvertrauen. Der Student ist bei jeder Untersuchung durch Fachärzte, bei jeder Beratung oder eventuellen Operation zugegen, verfolgt die Entwicklung des Kindes und beginnt dabei — so beschreibt der Münchner Privatdozent Dr. Gerhard Ulbrecht die Neuerungen — „bereits ärztliches Erfahrungsgut zu sammeln. Er wird nicht nur mit praxisnahen medizinischen Fragen, sondern auch mit sozialen Problemen konfrontiert, die in der Familie des Kindes auftreten.“

Anders auch in Frankreich, wo die juristische Ausbildung weit mehr der Praxis zugewendet ist als in Deutschland — und gleichwohl allein nicht hinreicht, einem Universitätsabsolventen hohe Verwaltungspositionen zu sichern. Eine politische oder ministerielle Karriere ist einem Franzosen um so eher möglich, je vielseitiger er sich für öffentliche Aufgaben rüstet. Der französische Staatsminister Jean-Mar-

## Günter Gaus

### VON DER HAND IN DEN MUND

Wieviel man an Westdeutschlands Hochschulen heute noch lernt, ist ungewiß. Jeder Zweifel ist erlaubt. Wo Vorlesungen und Seminare bisher intakt blieben, erscheint fraglich, ob Gegenstand und Art der Unterweisung den Bedürfnissen der Zeit angemessen sind. Skepsis ist ratsam. Aber viel lernen kann man am Beispiel der Hochschulkrise: über diesen Staat, die westdeutsche Gesellschaft, ihre führenden Kräfte.

Man lernt, daß hierzulande nichts mehr gescheut wird als das frühzeitige Erkennen langfristiger Entwicklungen; nichts konsequenter vermieden als politische Vorsorge und geplante Abhilfe. Die westdeutsche Gesellschaft, für deren Transport in die siebziger Jahre sich alle Parteien kleidsam wissenschaftlich drapieren, ist Wildwuchs: ohne Einsicht in ihren Zustand, ohne Voraussicht für ihre Zukunft, ohne Ziel.

Ein Beispiel nur ist die Misere der Hochschulen — und in absehbarer Zeit wird es nicht einmal mehr das stärkste sein. Die mangelhafte Planung der Großstädte von morgen, die ungenügende Einflußnahme auf den Verkehr und der gewinnträchtige Ausverkauf des nicht neu produzierbaren Bodens: Die nächsten Zusammenbrüche der auf Gefälligkeitskompromissen aufgebauten Pseudogesellschaftspolitik kündigen sich schon an. Freilich schätzt man unter Wählern und Gewählten den Selbstbetrug zu sehr, um Vorzeichen anders als positiv zu deuten. An politische Kurzatmigkeit gewöhnt, hat sich das westdeutsche Staatsvolk zur Regel gemacht, jene Politiker für phantasiereich und schöpferisch zu halten, die ihr mangelhaftes Planungstalent als Großzügigkeit und Flexibilität ausgeben.

Als Mitte der fünfziger Jahre zum erstenmal auf die Gefahren einer gedankenlosen *Restauration* gesellschaftlicher Zustände und Ordnungen hingewiesen wurde, ist dies sehr schnell als das modische Mißvergnügen von intellektuellen Kritikern abqualifiziert worden, an denen die Entwicklung, wie es hieß, vorübergegangen sei. Die Hochschulpolitik, um bei diesem Beispiel zu bleiben, wurde sozusagen nach Art des 312-Mark-Gesetzes betrieben. Wie dieses das Problem der Vermögensbildung lösen sollte (und es nur für ein paar Jahre kaschierte), so sollte allein mit neuerrichteten Lehrstühlen und wiederaufgebauten Hörsälen die künftige Bildung und Ausbildung gesichert werden. Niemand wird leugnen, daß quantitativ manches getan wurde. Aber jedermann kann heute auch sehen, daß erstens selbst quantitativ zuwenig geschah, zweitens die Folgen des Zuwenig vorhersehbar gewesen wären und drittens auch mehr Quantität dieser Art nicht in Qualität hätte umschlagen können.

Wenn man beim Namen nennt, wer für die selbstgewählte Blindheit hauptverantwortlich ist, muß die Staatspartei, die Christenunion, noch vor ihren Wählern genannt werden. Vom Wählervolk war nach der seelischen und materiellen Überforderung in den Zeitläuften bis 1945 kaum mehr zu erwarten als das Bedürfnis, an Hergebrachtes aus weniger diskreditierten Zeiten anknüpfen zu können.

Die Politiker aber konnten ihr Mandat nur rechtfertigen durch die Entschlossenheit, hemmende Privilegien abzubauen, überkommene Formen nicht ungeprüft zu restaurieren und die wiedergewonnene Liberalität nicht zum Vorwand für eine Verketzerung jedweder Planung zu nehmen. Heute zeigt sich, daß die tonangebenden politischen Kräfte ihrem Auftrag nicht gerecht geworden sind; dabei ist für die politische Grundhaltung in allen Fragen, die der Vorsorge bedurft hätten, die Bonner Spielart der Politik wichtiger gewesen als die formale Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern.

Weil der Abbau der Zwangsberwirtschaftung sich als nützlich erwies, geriet jede Form der Planung in Mißkredit. Da die gesellschaftspolitische Verfestigung von Unternehmerbegünstigungen als glaubhafter Grund für den Wirtschaftsaufstieg ausgegeben werden konnte, blieb auch das Antasten jedes anderen Vorrechts undenkbar: Die Privilegien von Lehrstuhlinhabern, einst für ein schwaches Bataillon von Professoren eingeführt, galten nun für ganze Regimenter von Ordinarien — obwohl doch längst die meisten Universitätslehrer nur noch Studienräte mit besonders hoher Klassenfrequenz waren. Die Einsicht vieler Professoren in diese veränderte Funktion blieb freilich hinter ihrer gesellschaftlichen Selbsteinschätzung zurück.

Es entsprach dies der allgemeinen Bonner Machart: Jeder Arbeiter ein Aktionär (zwangsläufig ein kleiner), jeder Professor ein Humboldt (zwangsläufig ein überforderter), jeder Student ein fröhlicher Bursch' in voller akademischer Herrlichkeit (zwangsläufig ein frustrierter).

Auf diese Weise formierte sich eine Gesellschaft, in der die Bevorteilung der Stärkeren als Offenhalten jeder Chance auch für die Schwächeren bemäntelt wurde. Besitz durfte in keinerlei Gestalt mehr angetastet werden — auch der Besitz von professoralen Privilegien nicht mehr. Die Hochschulen gerieten darüber in ihre Krise. In anderen Bereichen lebt man vorerst weiter von der Hand in den Mund, obwohl auch dabei dieser Weg nicht über den Verstand führt.

cel Jeanneney etwa ist nicht nur Doktor der Rechte, sondern er besitzt zugleich die Lehrbefähigung für den Gymnasialunterricht und hat zudem Diplome in Wirtschaftswissenschaften und Politik erworben.

Was sich so an Mängeln in Deutschland offenbart, in der Ausbildung von Juristen und Medizinern ebenso wie in Naturwissenschaft und Technik, schrumpft in der Sicht mancher sogenannter Experten zu einer simplen Geldfrage zusammen: mehr Geld, mehr Wissenschaft, bessere Hochschulabsolventen.

Das stimmt nur zum geringeren Teil, und Kritiker wie Karl Steinbuch halten es gar „für einen Irrtum, anzunehmen, die Unzulänglichkeiten unserer Schulen und Hochschulen, unserer Institutionen und Bemühungen um Wissenschaft und Technik seien vorwiegend ein organisatorisches oder finanzielles Problem“. Vielmehr sieht Steinbuch als Kernursache der Misere eine „irrationale, antitechnische und antiwissenschaftliche Ideologie“, die sich von der Lebenswirklichkeit entfernt habe.

Die These findet ihr Exempel, wenn studentische Ultras in der kaum verständlichen Kunstsprache der Revolution stundenlang über den Kontakt zur Arbeiterschaft palavern, der dann — schon wegen dieser Sprache — nicht zustande kommt; wenn sie sich in Visionen einer schönen neuen Welt verlieren, deretwegen die von heute zu zerschlagen sei.

Und Steinbuchs These hat ihren Beleg auch in der Klüngerlei von Profes-



Steinbuch



Dahrendorf  
Hochschul-Kritiker  
„Falsch programmiert“



Hochschul-Gestalter Humboldt  
„Hülfreich Einsamkeit“

soren, die sich hinter verschlossenen Türen um ihre althergebrachten Privilegien sorgen und sich, wie der Hamburger Kunstgeschichtler Professor Wolfgang Schöne in seiner Streitschrift zum „Kampf um die deutsche Universität“, dagegen wehren, daß „wissenschaftliche Erkenntnisse popularisiert und ihres esoterischen Charakters beraubt“ werden — nachtrauernd einer Zeit, da Studenten wie Jünger zu Füßen erlauchter Geister saßen (Schöne: „Das vergiftet man nicht!“).

So tagträumen am Krankenbett der deutschen Alma mater die einen in einer Welt von übermorgen, die anderen in der Welt von vorgestern, und bei allen ideologischen Gegensätzen offenbart sich dabei ein Stückchen alter deutscher Tradition: fernab von den politischen wie gesellschaftlichen Problemen der Gegenwart Wolken zu schieben.

Hoch droben hat sich die Alma mater in Deutschland immer zu Hause gefühlt, frei von den Anfechtungen des Alltags. Von Königstreuen gleich geachtet wie von Demokraten, Revolutionen trotzend und Reformen wehrend, strebt sie seit Jahrhunderten danach, sich selber gleich zu bleiben.

An der Spitze steht, wie einst, der „rector magnificus“, ein herrlicher Herrscher. Als „Spektabilitäten“ lassen sich die Dekane anreden, die in den Fakultäten die Geschäfte führen. Wie im Mittelalter verleiht die Universität auch heute noch — als Fridericiana und Carolo Wilhelmina, unter dem Namen Ruprecht-Karls und Christian-Albrechts — ihren strebsamsten Bürgern akademische Würden, als vererbe sie Adelstitel.

Mehr als 5000 Doktoren aller Fakultäten verlassen jährlich die deutsche Alma mater, die zudem Wissenschaftlern und Wirtschaftskapitänen, Politikern und Potentaten die Doktorwürde honoris causa verleiht. Die Universität erhebt Freunde und Förderer in den Stand von Ehrensensoren — den Of-

fenburger Illustriertenverleger Franz Burda ebenso wie den Freiburger Erzbischof Hermann Schäufele. Der hochkarätigen Prominenz gewährt sie das akademische Bürgerrecht — etwa dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy.

Während sie den Mächtigen allenthalben Reverenz erweist, dünkt sie sich gleichwohl erhaben über staatliche Institutionen und Kabinette, seien sie, wie einst in Preußen, königstreu oder, wie heute in deutschen Ländern, republikanisch. Das Privileg der Unabhängigkeit vom Staat, das Päpste und Kaiser der „universitas magistrorum et scholarium“ im Mittelalter gewährten und das der preußische Universitäts-Gestalter Wilhelm von Humboldt zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch einmal beschwor, wird von manchen deutschen Professoren noch heute mit einer Inbrunst verteidigt, die ihresgleichen sucht.

Preußens Humboldt schwebte, wie der Humboldt-Monograph Eduard Spranger erläutert, eine Universität „fern von jeder Nützlichkeitsidee“ vor. Und der Hallenser Universitäts-Gutachter Johann Christian Reil wollte damals am liebsten jeden von der Universität verweisen, der Wissenschaft „nicht um ihrer selbst willen“ treibe, sondern „weil sie dazu taugt, Häuser zu bauen, den Acker zu bestellen und das Kommerz zu beleben“.

Das Humboldt-Ideal von der „hülfreich Einsamkeit“ des Wissenschaftlers entsprach durchaus der vorindustriellen Zeit, da man noch idyllisch lehren



Rabeih



Dutschke  
Hochschul-Revolutionäre  
„Tote Wissenschaft“



Studenten in der Weimarer Republik: Elitäre Intoleranz

und lernen konnte. Die gute Stube des Professors bot häufig Platz für Kollégsaal und Katheder.

Diese durch ein Vater-Sohn-Verhältnis geprägte Art der Wissensvermittlung war auch zu Anfang dieses Jahrhunderts noch akzeptabel, als der einzelne Professor in Natur- wie Geisteswissenschaften sein Fachgebiet überblicken und die Ergebnisse eigener Forschungen mitteilen konnte.

Daß in dem heraufziehenden Zeitalter der Industriegesellschaft andere Bedingungen für Forschung und Lehre gelten mußten — diese Einsicht blieb zwar bedeutenden Gelehrten wie dem Soziologen Max Weber nicht versagt. Aber weitaus die meisten Wissenschaftler nahmen davon vor 1933 kaum Notiz, und nach 1933 hatte die Wissenschaft andere Sorgen.

Mehr als 2000 deutsche Hochschullehrer, ein Drittel der gesamten Pro-

fessorenschaft, wurden ins Exil getrieben — darunter Nobelpreisträger wie Albert Einstein. Als er, der die Physik revolutioniert hatte, aus dem Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik nach Princeton in den USA übersiedelte, nannte der französische Physiker Paul Langevin dies „ein so großes Ereignis, wie es die Verlegung des Vatikans von Rom in die Neue Welt wäre“.

Ganze Wissenschaftszweige verdorrten. Angesehene Forschungsstätten verkümmerten zu mittelmäßigen Lehranstalten. Zukunftsträchtige Forschungsbereiche — etwa die Biochemie, die Physikalische Chemie und die Genetik — verloren ihre Pioniere.

Die NS-Herrscher richteten Lehrstühle für „Rassenbiologie“ und „Rassenhygiene“ ein, konzentrierten sich auf die Rüstungstechnik und vernachlässigten die Grundlagenforschung in Geistes-, Natur- und Ingenieurwis-

senschaften. Während die Universitäten in westlichen Ländern einen zunehmenden Andrang von Studenten bewältigen mußten, entvölkerten sich die Hochschulen in Deutschland. Die Zahl der Studenten schrumpfte von 111 000 im Jahre 1928 auf 56 000 im Jahre 1938 (30 Prozent weniger als 1914).

Eine potentielle Gelehrten-Generation wurde im Zweiten Weltkrieg verheizt. Wer überlebte, sah die Hochschulen in Schutt und Asche wieder. Akademische Lehrer gab es kaum; sie mußten, weil NS-belastet, meist zeitweilig aus dem Hochschuldienst ausscheiden, oder sie wurden (wie Werner von Braun, der heute Mondraketen baut) eine Beute von Amerikanern und (wie Nobelpreisträger Gustav Hertz) von Russen.

Die ideell, personell und materiell ausgemergelten Universitäten fristeten nach dem Kriege, wie jedermann in Deutschland, zunächst ein Hungerdasein. In einer Denkschrift über die Notlage der Universität Göttingen hieß es 1949: „Die Verwaltungskosten des Wohnungsamtes einer einzigen Stadt... liegen bereits in ähnlicher Höhe wie der Sachetat der Landesuniversität.“

Und auch, als sich die Deutschen wieder satt essen konnten, mußte die Wissenschaft hinter dem Geld herlaufen. Zur Zeit des aufblühenden Wirtschaftswunders, 1955, gaben die Länder karge 3,48 Prozent ihrer Etats für wissenschaftliche Einrichtungen aus, der Bund 0,46 Prozent seines Etats für Wissenschaftsförderung.

Wissenschaftspolitik wurde so gut wie nicht betrieben — zu einer Zeit, da in Ost und West begann, was Soziologen die „Wissenschafts-Explosion“ nannten. Von Jahr zu Jahr pumpten Sowjets und Amerikaner mehr Geld in Hochschulen und Forschungsstätten.

Die Bundesrepublik versäumte, für die Zukunft zu investieren. Bund und Länder gaben im Vergleich zu anderen Industrie-Nationen viel zuwenig für „Forschung und Entwicklung“ aus — 1964 nur 2,8 Prozent der Staatsausgaben im Vergleich zu 8,2 Prozent in den USA; und dies, obgleich die Zahl der Studenten von 107 935 im Jahre 1950 auf rund 300 000 im Jahre 1969 empor-schnellte: immer noch zu wenig, gemessen an den Anstrengungen anderer Industrie-Länder, doch zu viel, gemessen an den knappen Kapazitäten deutscher Hochschulen.

Und just, als es galt, ein gewaltiges Nachhol-Pensum in Forschung und Lehre zu bewältigen, mußten immer mehr Professoren ihre Zeit in Lobbies zubringen, um Geld für die darben-de Wissenschaft locker zu machen. „Da ist der Professor als Institutsdirektor, der zusieht, ob er aus irgendwelchen Fonds das Geld zusammenbringt, die Bücher zu kaufen, die seit Jahren fehlen, der sich damit beschäftigt, Werkstattpersonal anzustellen“ — so das Klagelied des Physik-Professors Siegfried Flügge, der „das Eigentliche und Wesent-



Studenten im NS-Staat: Akademische Entvölkering

# Wir kennen Ihr Problem

...und wir lösen es



**Toupe für Männer die erfolgreich bleiben wollen.**

Wir garantieren Ihnen Spitzenqualität und natürliches Aussehen. Wir beraten Sie individuell, diskret und unverbindlich. Prospekte frei.

## HAAR-HAUS EUROPA

Berlin 30, Europa-Center, 1. Obergeschoß, Tel.: 13 42 06  
 Düsseldorf, Berliner Allee 33, Tel.: 1 23 26  
 Essen, Friedrich-Ebert-Str. 12 (ggü. Karstadt), Tel.: 23 44 22  
 Frankfurt/M., Weißfrauenstr. 2-8, Tel.: 29 37 71  
 Hamburg 13, Grindelallee 188, Tel.: 44 74 33  
 Hannover, a. Kröpcke, Eing. Bahnhofstr. 2, 1. Btg., Tel.: 22 47 8  
 Köln, Chöflienstr. 48, (Haus Lempertz, Neumkt.) Tel.: 23 28 17  
 München, Oberangerstr. 6, (Im Angerblock), Tel.: 26 51 95  
 Oberhausen-Sterkrade, Bahnhofstr. 51, Tel.: 60 76 8

# Der Ausgabekurs steigt!



100 Gourdes Goldmünze, 30 mm

Voraussichtlich ab 1. Juli wird der Ausgabekurs der Gold- und Silbermünzen der Republik Haiti erneut erhöht. Noch sind die Münzen zum alten Kurs an den Schaltern der Geldinstitute erhältlich.

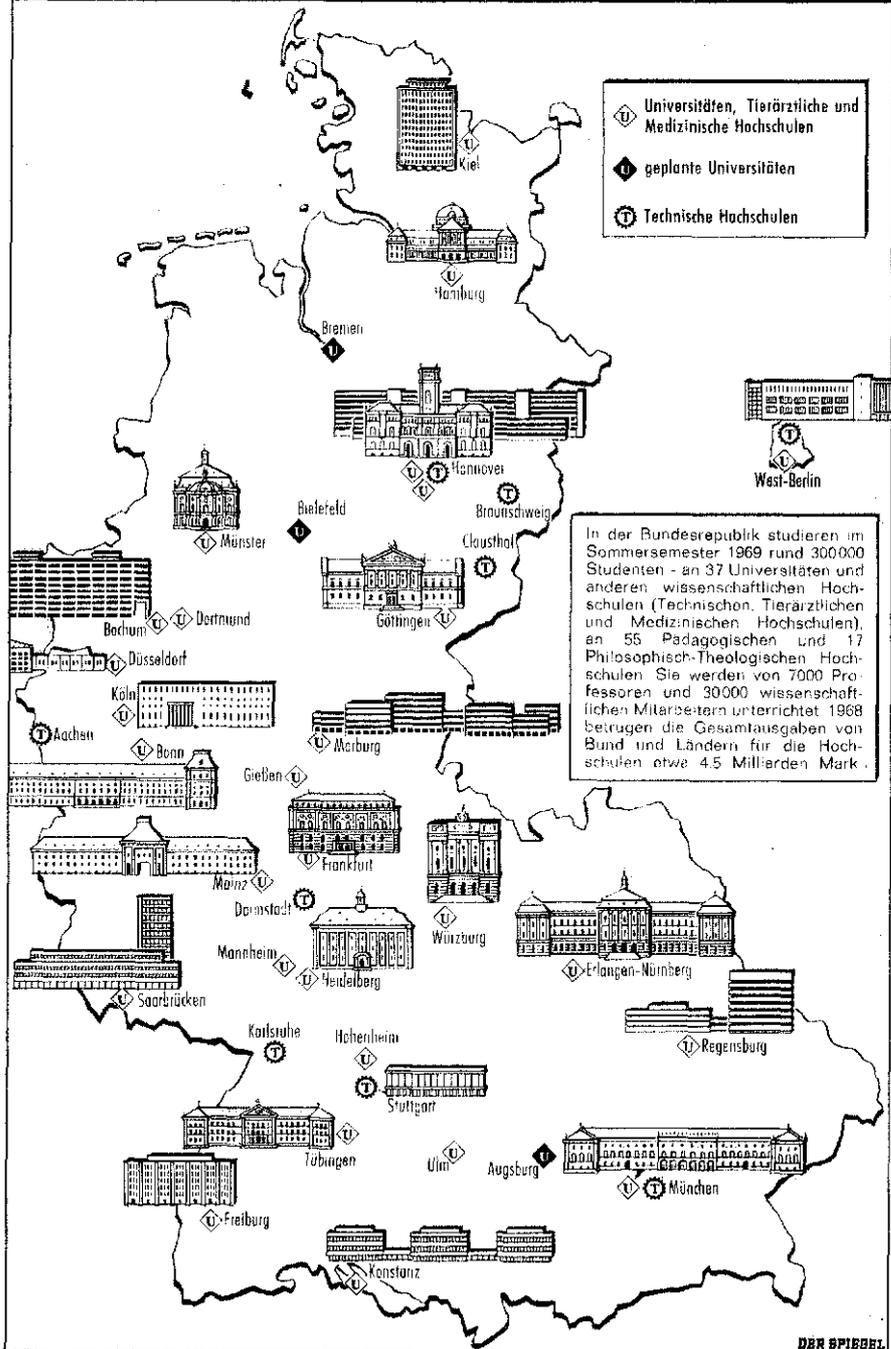
liche“ der Professoren-Arbeit dahinschwanden sah in „tausend Tätigkeiten von früh bis spät“.

Als Tausendsassas vermochten viele Professoren auch einträglichen Nebenbeschäftigungen nachzugehen. Bereitwillig nahmen sie Arbeitsangebote an, die ihnen Gerichte, staatliche Instanzen und Industriebetriebe machten. Als Gutachter verdienen Hochschullehrer (so die Berliner Studentenzeitung „Anrisse“) neben ihrem Beamtengehalt noch „horrende Summen“. Wo die Bitte um Mitarbeit außerhalb der Hochschule ausbleibt, helfen mitunter Zeitungsanzeigen weiter — wie jene in der FAZ: „Universitäts-Professor, international bekannter Physiker, sucht Verbindung zur Industrie.“

Für „eine sechsstellige Summe“ — so berichten die „Anrisse“ — entwarf ein Berliner Professor der Betriebswirtschaftslehre ein neues Organisationsmodell für einen Zigarettenkonzern („... der ganze Lehrstuhl war damit etwa ein halbes Jahr lang beschäftigt“). Von dem Geld „bekamen zwei Assistenten je zwei Monatsgehälter, vom ‚Rest‘ ließ sich der Professor eine Luxusvilla in der Terrassenstraße im Grunewald bauen“.

Ordinarien als Gutachter, als Verwalter ihrer Institute, als Arbeitgeber ihrer Assistenten, als Lehrer der Studenten, als Prüfer von Examenkandidaten, als Doktor-Väter junger Wissenschaftler, als Vertreter in Fakultäten — die Lehrstuhlinhaber wurden Gefangene ihrer angestammten Funk-

## DIE HOCHSCHULEN DER BUNDESREPUBLIK



tionen; die wissenschaftliche Arbeit kam dabei zu kurz.

Daß Forschung unter solchen Umständen an deutschen Universitäten nur noch bedingt betrieben werden konnte, führte wiederum, wie Nobelpreisträger (1961) Professor Rudolf Mößbauer erläuterte, zu „außerordentlich gefährlichen Folgen“. Denn nachlassende Forschungstätigkeit bedinge ein „Zurückbleiben der Lehre“. Und: „Hand in Hand hiermit geht eine qualitative Verschlechterung der Ausbildung der Studenten ... die später die Entwicklung vorantreiben sollen.“

Diesen von Mößbauer als „Circulus vitiosus“ umschriebenen Teufelskreis zu durchbrechen, hätte es schon damals einer umfassenden Hochschulreform bedurft. Dazu aber waren die Ordinarien, die über die forschungsfremde Arbeitslast lamentierten, nicht bereit.

Sie mußten fürchten, daß durch eine vorurteilsfreie Analyse der Hochschulwirklichkeit „versteckte Interessenlagen aufgedeckt, Monopolstellungen erschüttert, Gewohnheitsrechte verletzt und liebgewordene Ressentiments abgebaut werden könnten“ — so der Heidelberger Religionsphilosoph Professor Georg Picht, der das Wort von der „deutschen Bildungskatastrophe“ prägte.

Die „durch nichts zu rechtfertigende Privatmacht“ (Soziologe Ralf Dahrendorf) aufzugeben, etwa zugunsten einer Kollegialverfassung neuen Typs, hätte für die Lehrstuhlinhaber bedeutet, daß gewinnbringende Privataufträge nicht länger geheim blieben, Forschungsvorhaben aufeinander abgestimmt werden mußten und wissenschaftliches wie technisches Personal der persönlichen Verfügungsgewalt des einzelnen Ordinarius entzogen worden wäre.

Es gab keine Reform, obwohl von Reformen immer häufiger die Rede war, von Jahr zu Jahr mehr. Die Universität lag, wie Jürgen Habermas — selber Professor, doch links von der Mehrheit — schreibt, „unter der Dunstglocke einer unermüdlichen Reformrhetorik“. Sie widerstand aber dabei beharrlich „dem Ansinnen einer planvollen Umgestaltung“ und war mithin, wie Universitäts-Kritiker Helmut Schelsky drastisch formulierte, unfähig, „sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen“.

Gefangen in einem „komplizierten Geflecht von Traditionen, Gewohnheiten, Mentalitäten und politischen Reminiszenzen“ (Picht), pochte sie auf Autonomie, die sie in vollem Ausmaß nie besessen hatte.

Gewiß hat sie das Recht zur Verleihung akademischer Würden. Doch seit langem schon hatte sie sich an den Zugriff des Staates gewöhnen müssen, der Prüfungsordnungen für Ärzte, Juristen und Lehramtskandidaten erläßt, Hochschullehrer besoldet — alle ordentlichen Professoren sind Beamte — und Forschungsobjekte finanziert.

Und wie es keine Autonomie mehr gab, die diesen Namen noch verdient hätte, so war auch das immer wieder bemühte Humboldtsche Bildungsideal nur mehr illusionärer Anspruch.

## „UM DIE OHREN“

### Akademische Kraftworte

„Über Gewalt redet man nicht, man wendet sie an.“

Wandspruch an der Universität Kiel.

„Wenn ich tätlich angegriffen würde, würde ich den Gegner durch einen bestimmten Griff niederschlagen. Ich kenne zwei Karate-Griffe, mit denen ich mir ein oder zwei Leute vom Halse halten könnte.“

Professor Dr. Dr. Anton Kiesselbach, Direktor des Anatomischen Instituts der Universität Düsseldorf.

„Haut den Professoren ihre Leichen um die Ohren.“

Wandspruch am Anatomischen Institut der Freien Universität Berlin.

„Die Fakultät lebt de facto unter der Herrschaft einer Mafia.“

Professor Dr. Otto von Simson, Dekan der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin, über radikale FU-Studenten.

„So ein reaktionäres Schwein wie Sie habe ich noch nie erlebt. Man sollte Sie kastrieren.“

Studentenführer Daniel Cohn-Bendit während einer Diskussion in der Frankfurter Universität zu dem Frankfurter Soziologie-Professor Ludwig von Friedeburg.

„Schickt den Huber auf den Strich, zu was and'rem taugt er nicht.“

Sprechchor Münchener Studenten bei einer Demonstration gegen den bayrischen Kultusminister Ludwig Huber.

„Leute, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und den Staat umstürzen wollen, neben die kann ich mich nicht mehr setzen, genauso wenig wie neben einen Mörder.“

Der Pharmakologe und Toxikologe Professor Dr. med. Friedrich Karl Ohnesorge, Universität Kiel.

„Tragen Sie doch Ihre Argumente mit dem Kopf vor und nicht mit dem Kehlkopf.“

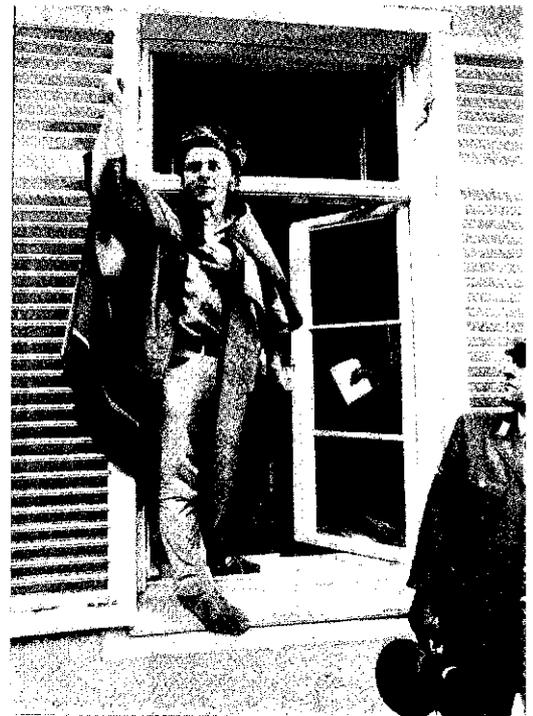
Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl zu studentischen Zwischenrufern auf einer politischen Versammlung.

„Die Macht kann nur aus Gewehrläufen kommen.“

Wandspruch am Bonner Studentenhaus.

„Schon am Anfang des Sommersemesters müssen alle nachdrücklich daran erinnert werden, daß man sich hier auf dem Boden des Grundgesetzes frei bewegen kann, daß aber die, die ihre Freiheit mit Gewalt mißbrauchen, die Wucht der Gewalt zu spüren bekommen — den Knüppel.“

Reinhold Zundel, Oberbürgermeister von Heidelberg.



Erbeutete Rektor-Robe\*  
Hauch von Absurdität

Längst konnten Hochschulen nicht mehr Wissenschaft allein um ihrer selbst willen treiben, sondern mußten vornehmlich Studenten auf den Beruf vorbereiten — und das taten sie unzulänglich.

Auch die Vielfalt der Fachwissenschaften konterkarierte das Humboldtsche Konzept einer einheitlichen „Philosophischen Universität“. Heute ist die Wissenschaftsorganisation der Hochschule — so Picht — „nahezu deckungsgleich mit der Struktur der arbeitsteiligen Prozesse in einem hochentwickelten Industriebetrieb“.

Als Anfang der sechziger Jahre die Universitäten den Zustrom der Studenten kaum noch fassen konnten, ge-

\* Oben: Mit Studenten solidarisiertes Fleischers Hans-Joachim Gaffron bei der Besetzung des FU-Rektorats am 27. Juni 1968; unten: Professor Dr. Gottfried Leonhardi beim Verlassen einer Konzilssitzung der Frankfurter Universität am 16. Dezember 1967.



Behinderter Professor\*  
Rest von Autonomie



Medizin-Studenten in der Anatomie, Arzt in der Praxis: „Nach dem Staatsexamen...“

riet die Idylle der „hülfreich Einsamkeit“ vollends zur Farce. Es war der Wissenschaftsrat, der wenigstens diese Misere zu beheben suchte. Er empfahl — ohne freilich das volle Ausmaß des Studentenandrangs einkalkulieren zu können — dringend, die bestehenden Universitäten auszubauen, neue Hochschulen und Medizinische Akademien einzurichten und den Stellenplan für das Lehrpersonal zu erweitern.

An den starren Strukturen der Hochschulen rüttelte er nicht. Vielmehr wurde, so Jürgen Habermas, „die alte Verteilung der Kompetenzen und Abhängigkeiten, also die Ordinarien-Universität, mit geringfügigen Korrekturen noch einmal bestätigt“.

Und eine der Rats-Empfehlungen erwies sich geradezu als Katalysator, die allmählich wachsenden Spannungen an den Hochschulen in offene Auseinandersetzungen umschlagen zu lassen: die Studienzeit-Verkürzung, mit der man der Hochschul-Überfüllung begegnen wollte.

Die Studenten, zuerst in Berlin, begehrten auf, weil nicht gleichzeitig Studienpläne und Prüfungsordnungen von überflüssigem Stoffballast befreit und neu konzipiert wurden; weil die

Arbeitsbedingungen in Labors und Bibliotheken allein durch die Befristung der Studienzeit — wie sie von zwei Fakultäten der Freien Universität beschlossen wurde — offenkundig nicht zu bessern waren.

Es kam 1966 an der Freien Universität in Berlin zum Studenten-Streik. Indem die Jungakademiker dagegen protestierten, daß über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen über ihren Studiengang gefällt wurden, ließen sie zum ersten Male anklingen, was später zum Leitmotiv der Studentenbewegung wurde: Mitbestimmung. Es ging ihnen, wie sie in einer Resolution erklärten, „nicht nur um das Recht, längere Zeit zu studieren“, sondern „vielmehr darum, daß Entscheidungen, die die Studenten betreffen, demokratisch und unter Mitwirkung der Studenten“ zustande kämen.

Das war der Anfang der Rebellion, die 1967, nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg, von Berlin nach Westdeutschland übergriff und dann, nach dem Attentat auf den Studenten Rudi Dutschke, sich nicht nur gegen die Universität, sondern immer stärker auch gegen die Gesellschaft kehrte.

Mit einer Vehemenz, die den Wohlstandsbürgern unfaßlich war, entluden

sich studentische Enttäuschungen und Aggressionen. Schmährufe gegen Professoren und Steine gegen Springer-Fenster, Rektoratsbesetzungen und Straßenschlachten, Streiks in Instituten und Provokationen vor Gericht — das waren untrügliche Zeichen dafür, daß zum ersten Male in diesem Jahrhundert eine Studentengeneration links von der etablierten Gesellschaft stand.

Dies zu bewirken, bedurfte es eines weltweiten jugendlichen Aufbegehrens gegen die vermutete Öde einer Industriegesellschaft, die — so sahen es die Studenten — Hochschulen als Fließbandfabriken zur Herstellung von Fachidioten unterhält; bedurfte es einer reformunwilligen Universität, in der sich die Studenten mancherorts — so der Tübinger Pharmakologe Fred Lembeck — „zusammendrängen, fast so wie Bambusstäbe im Mekong-Delta“; bedurfte es eines Krieges in eben jenem Mekong-Delta, der einer neuen Studentengeneration als Musterbeispiel der Inhumanität gegenüber Ländern der Dritten Welt erschien; bedurfte es schließlich des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), der die Hochschulmisere als zwangsläufiges Übel einer dem



... weiß man vielerlei und kann nichts“: Germanistik-Studenten im Gotisch-Seminar, Studienrat beim Unterricht

# **Flugzeuge und Automobile haben viele gemeinsam. Vorteilhaft, wenn eine Firma beides baut. Wie FIAT.**

*Fiat Jet-Flugzeuge gehören schon seit langem zur Nato-Luftverteidigung und haben sich den Ruf hoher Zuverlässigkeit erworben.*

*Aber was nützt das der Kraftfahrzeug-Produktion?  
Bei näherem Hinsehen  
mehr als man annehmen möchte!  
Denn die neuesten technischen Erkenntnisse –  
vom Entwurf bis zur Erprobung,  
von den Herstellungsverfahren bis  
zu den Qualitätskontrollen,  
die vor allem im Flugzeugbau entwickelt wurden –  
werden ausgewertet.*

*Wertvolle Erfahrungen, die auch dem  
Automobilbau bei FIAT zugute kommen.  
Zum Nutzen des Kunden.*

**FIAT** verdient Ihr Vertrauen

Tode geweihten spätkapitalistischen Gesellschaft interpretierte.

Ursprünglich erstrebte der SDS — so 1961 mit seiner Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“ — eine Reform der bestehenden Hochschulen. In demselben Maße aber, wie die Universität sich diesem radikal-reformistischen Ansinnen versagte und die Bonner Politik im Koalitionsdenken erstarrte, überholten sich die SDS-Leute nun selber links: Revolution statt Reform.

Sie sagten bald allen „Institutionen“ — auch den parlamentarisch-demokratischen — den Kampf an; und in diesem Stadium der Entwicklung war es für den SDS konsequent, die Universität nunmehr als revolutionäre Basis zu betrachten und aufkeimende Reformen zu hintertreiben (siehe Kasten Seite 54).

Damit zeigten die revolutionären Studenten der Bonner Republik Ge-



**Angezündetes Universitäts-Emblem\***  
Kritisches Bewußtsein?

meinsames mit den reaktionären Akademiker-Generationen der Weimarer Republik: die Verachtung gegenüber der parlamentarischen Demokratie und die elitäre Intoleranz, die diesmal nicht obrigkeitstaatlichem Denken entsprang, sondern einem immer wieder beanspruchten „kritischen Bewußtsein“.

Daß die Ultralinken sich in ideologischen Richtungskämpfen bis zur Richtungslosigkeit zerstritten; daß sie Argumentation durch Agitation ersetzen — das alles gab der im Kern so berechtigten Studentenbewegung einen Hauch von Absurdität, der weniger von kritischem Selbstbewußtsein denn von Selbstbetrug kündete.

Fernab der politischen Wirklichkeit, die zu ändern sich durchaus lohnte, verspannen sich die Radikalen, so sie sich nicht in Anarchie verloren, in soziologische Theoreme. Und ihre Vorstellungen von einer neuen Universi-

\* Am 13. Mai 1968 demontierten Berliner Studenten das Emblem der Freien Universität (Inscription: „Veritas, Iustitia, Libertas“) und setzten es in Brand.

tät, so sie nicht auf die Errichtung linker Parteihochschulen hinausliefen, gerieten unversehens wieder in die Nähe des elfenbeinernen deutschen Idealismus. Die von allen Ausbildungszwängen freie Universität dieser Machart nennt Jens Litten denn auch ein Phantasieprodukt, das einem „kastrierten Humboldtianismus“ entsprechen.

Und doch stimmt auch dies: Ohne die radikalen Maximalforderungen auf Abschaffung der „alten Wissenschaft“ wäre kaum eine Diskussion darüber in Gang gekommen, daß Wissenschaften ihre Position innerhalb der Gesellschaft ständig neu durchdenken müß-

ten. Ohne Provokationen („Unter den Talaren — Muff von 1000 Jahren“) wären die hohlen Autoritäten nicht so sinnfällig entlarvt worden.

Keine fundierte Kritik angesehener Rechtswissenschaftler hätte die Verkrustung der deutschen Justiz trefender charakterisieren können als eine beiläufige Bemerkung des Kommunalen Fritz Teufel vor Gericht. Der Aufforderung des Vorsitzenden, sich gefälligst von der Anklagebank zu erheben, kam der bärtige Anarcho-Clown zögernd mit den erhellenden Worten nach: „Wenn es der Wahrheitsfindung dient.“

Dennoch bieten die ultralinken Studenten, voran die SDS-Leute, heute kein neues Konzept für Hochschule und Gesellschaft, das nur die geringste Aussicht auf Verwirklichung hätte — aber an ihren Utopien wird zugleich deutlich, wie antiquiert das noch gültige Konzept ist. Indem sie es mit Marx halten, daß man „diese versteinerten Verhältnisse... zum Tanzen zwingen“ müsse, bringen sie wenigstens einige Liberale auf Trab, die zwei Jahrzehnte über Reformen nur geredet haben.

Diese sozialistischen Studenten, die ihre Konzepte immer wieder über Bord warfen, sobald Reformen sich bereit zeigten, darauf einzugehen, entstammen fast ausnahmslos sozial- oder geisteswissenschaftlichen Disziplinen — so der Frankfurter Hans-Jürgen Krahl (Doktor-Thema: „Die Naturgesetze der kapitalistischen Entwicklung in der Lehre von Marx“), so der Berliner Bernd Rabehl (Doktor-Thema: „Die Sozialisierung im russischen Marxismus“).

In den soziologischen und politologischen Instituten zumal Frankfurts und Berlins, wo stets von der Miserialität der Gesellschaft die Rede war, hat sich ein Rebellen-Kader formiert, der, des Seminar-Sozialismus überdrüssig, endlich handeln möchte — zum Entsetzen der Lehrer wie Theodor Adorno, der dann findet: „Ich habe ein theoretisches Denkmodell aufgestellt. Wie konnte ich ahnen, daß Leute es mit Molotow-Cocktails verwirklichen wollen.“

Für manche Kritiker reduziert sich das Problem auf die These, daß adonistische Soziologie eine brotlose Kunst sei — fern von den sozialen und ökonomischen Bedürfnissen der Industriegesellschaft, die für die vermeintlichen Fabel-Theoretiker dann auch keine Arbeit hat. „Daß die mal was Richtiges lernen sollen“, ist zur dumpfen Volkswisheit geraten, die nicht nur in manchem Politiker den Wunsch wachrief, Soziologie-Studenten wie -Professoren den Hintern zu verhauen.

Die von angehenden Geisteswissenschaftlern angeführten Revolten auf dem Campus und in den Straßen, die deutsches Ordnungsempfinden verletzen; das verquollene Soziologesisch der um Weltverständnis bemühten Jungakademiker, das gewiß kontrastiert zu Bonner Platitüden; die Weltentrücktheit manches Seminarbetriebs, die mit dem Bedarfsdenken der Wirtschaft kollidiert — das alles nährt Aversionen in einer Gesellschaft, die es noch nie verstanden hat, Konflikte besonnen auszutragen.

Als die Soziologie-Professorin Helge Pross (Gießen) einen Häusermakler um Hilfe bei der Wohnungssuche bat, „ging er schlagartig auf kaum noch höfliche Distanz. Soziologie schien für ihn eine Art Aussatz zu sein, den nicht einmal der Professorentitel hygienisiert“ (Helge Pross).

Vorurteil, Argwohn, Mißgunst und Intrige kennzeichnen denn auch das Klima innerhalb der Universitäten stärker als je zuvor. Die scheinbar feste Konflikt-Beziehung zwischen Studenten und Professoren hat sich vielerorts aufgelöst in eine Vielzahl

## „GEBÄRDEN UND HÖHNISCHES LACHEN“

Gründe für die Relegation des Jurastudenten Gerhard Nolle

Mit 15 gegen drei Stimmen beschloß der Kleine Senat der Philipps-Universität zu Marburg Ende Februar 1969, dem Jura-Studenten Gerhard Nolle das weitere Studium an der Universität zu untersagen. In einer öffentlichen Stellungnahme wendete sich der Arbeitsrechtler Professor Dr. Ernst Wolf gegen Behauptungen, „der Student Nolle sei nur wegen Fingerhebens in der Vorlesung exmatrikuliert worden“. Wolf beschreibt die Störungen der Wolf-Vorlesungen:

Nolle, der höheres Semester ist, war nicht Hörer der für das erste Semester gelesenen Anfängervorlesung von Prof. Wolf. Am 13. 12. 1968 saß er mit einer demonstrativ vor sich erhobenen ausgebreiteten Zeitung großen Formats in der ersten Bankreihe. Der Aufforderung, die Zeitung wegzulegen, nachzukommen, lehnte er laut und herausfordernd ab. Ebenso lehnte er es ab, seine Personalien anzugeben und den Hörsaal zu verlassen. Er forderte die Anwesenden auf, mit ihm zu diskutieren, anstatt die Vorlesung zu hören.

Als nach einer von Prof. Wolf veranlaßten Abstimmung die weitestgehende Zahl der Anwesenden für die Durchführung der Vorlesung und damit gegen die von Nolle vorgeschlagene Diskussion gestimmt hatte, störte er die Vorlesung dauernd durch Rufe, Gebärden und höhnisches Lachen. Der Aufforderung der Dekanin, Frau Prof. Hampe, seine Personalien anzugeben und sich durch seinen Studentenausweis zu legitimieren, zu folgen, lehnte er ab. Den Versuch eines Universitätsbeamten, ihn zwecks Identifizierung zu fotografieren, vereitelte er, indem er sich hinter einem Nebenmann versteckte und sich aus dem Hörsaal zu entfernen versuchte. Als er aufgehalten wurde, versuchte er gewaltsam sich zu entfernen.

Er versuchte weiter, Prof. Wolf und andere mit einem hocherhobenen Stuhl niederzuschlagen. An mehreren weiteren Störungen von Vorlesungen Prof. Wolfs, die zur Folge hatten, daß Prof. Wolf seine Vorlesungen für das Winterseme-

ster 1968/69 am 13. 1. 1969 einstellen mußte, war Nolle maßgeblich beteiligt. Am 10. 1. 1969 hat Nolle Prof. Wolf durch planmäßige Störaktionen zur Einstellung der Vorlesung gezwungen. Er hat durch seine Gegenwart in Vorlesungen von Prof. Wolf gegen ein vom Rektor gegen ihn verhängtes Hausverbot verstoßen. Auf Aushänge von Prof. Wolf hat er mehrfach geschmiert „Wolf redet Scheiße“ und „Wolf redet und schreibt immer noch Scheiße“.



Rechtslehrer Wolf  
„Zum Teil diskutiert“

Prof. Wolf hat in seinen Vorlesungen mit deren Hörern über den Stoff der Vorlesung zum Teil mehrere Stunden diskutiert. Er hat sich außerdem zu einer mehrstündigen Diskussion am 17. 12. 1968 außerhalb der Vorlesung zur Verfügung gestellt. Nach seiner wiederholten Erklärung, zu weiteren Diskussionen außerhalb der Vorlesungen jederzeit bereit zu sein, wurde in einem von Nolle mitunterzeichneten Flugblatt öffentlich aufgefordert, Wolf in seinen Vorlesungen zu Diskussionen zu zwingen, also die Vorlesungen von Prof. Wolf zu verhindern.

# „ANGRIFF UND MACHTKAMPF“

Wie der SDS im Sommersemester 1969 den Kampf gegen die Ordinarien-Universität programmierte

Am 2. Mai 1969 veröffentlichte der Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in seinem Mitteilungsblatt „SDS info“ Orientierungshilfen für Aktion und Agitation der SDS-Hochschulgruppen. Der linksradikale SDS versteht Studenten-Streiks und Institutsbesetzungen als „Widerstand gegen Disziplinierungen durch eine „technokratische Hochschulreform““.

Die politischen Streiks des Wintersemesters haben jetzt ihren organisatorischen Ausdruck als wirksamer und langfristiger Widerstand gegen die Disziplinierungen durch „technokratische Hochschulreform“ — d. h. dem in Hochschulgesamtplänen und Ordnungsrecht organisierten Zugriff des Staates auf die Hochschulen — gefunden.

Gegen die massiven Versuche, die Wissenschaft und Forschungsergebnisse unmittelbar und ausschließlich den Bedürfnissen spät-kapitalistischer Wirtschaft zu unterwerfen, haben die revoltierenden Studenten die materielle Selbstorganisation ihrer Studiengänge und kollektive Lernprozesse gesetzt.

Die politischen Kampfformen zur Durchsetzung solcher Selbstorganisationen — Institutsbesetzungen und aktive Streiks — haben nicht nur die Ordinarienuniversität, sondern das gesamte System an einer entscheidenden Stelle getroffen und gefährdet: am Herrschaftsprivileg der privaten bzw. privat- und monopolkapitalistischen Verfügung über Forschung und Lehre. Die Reaktionen der Professoren und Bürokraten — Relegationen von „Rädelsführern“, Verbot politischer Arbeit, Institutsräumungen durch die Polizei — haben diesen... Angriff auf der Ebene von Machtkampf nur bestätigt.

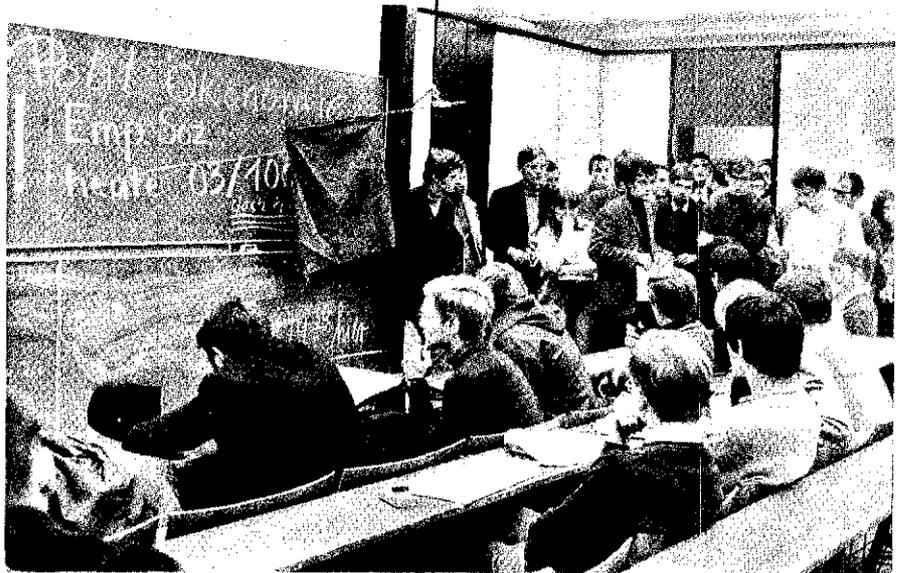
Die Selbstorganisation der Studiengänge konnte aber nur deshalb ein realer Machtfaktor werden, weil sich während der Streiks die Notwendigkeit gezeigt hat, über die Universität hinaus in anderen gesellschaftlichen Bereichen praktisch politische Aufklärungs- und Organisationsarbeit zu leisten:

Die in Stadtteilbasisgruppen außerhalb der Betriebe organisierten Lehrlinge und Jungarbeiter erarbeiteten zusammen mit Jura-, Soziologie- und Psychologiestudenten die wissenschaftlichen und agitativen Grundlagen für den langfristigen Kampf gegen staatlich-kapitalistische Zwangssozialisation in Lehrlings- und Erziehungsheimen, gegen den Terror der Vormundschafts- und Jugendfürsorgeinstitutionen, gegen die unter dem Vorwand der Unmündigkeit betriebene Ausbeutung durch die Lehrerinnen und Betriebe.

Für den Kampf an der Universität bedeutet eine solche Organisa-

tion außeruniversitärer Projekte konkret: daß der Streik fortgesetzt wird, daß die autoritären und angepaßten Studiengänge abgewiesen und statt dessen diejenigen Forschungen betrieben werden, die für die politische Arbeit außerhalb der Universität notwendig sind. Jeder Tag, der den sozialistischen Studenten die Verfügung über die Mittel von Instituten gestattet, wird diese Aufklärungsarbeit weitertreiben. Von daher erhalten die Institutsbesetzungen ihre Legitimation.

Die Mobilisierung der Naturwissenschaftler und Technikstudenten erfolgt durch die Aufklärung über



Besetzer Hörsaal (in Bochum)  
„Das Recht nehmen“

ihre spätere Stellung innerhalb der Betriebe. Schon die Praktika während des Studiums sollen in Zusammenarbeit mit innerbetrieblichen Basisgruppen so organisiert werden, daß die Möglichkeiten einer revolutionären Berufspraxis geprüft werden können.

Die Selbstorganisationen der zukünftigen Lehrer erhalten erst durch ihre festen Verbindungen zur Schülerrevolte ihre langfristige Perspektive. Wie sich ... in Berlin gezeigt hat, beginnen Staats- und Universitätsbürokratien, die Universität zu schließen, um damit „die Radikalen ein bis zwei Semester auszutrocknen“, da die Relegationen nicht abschreckend genug gewirkt hätten. Wenn die Universitäten geschlossen werden, werden sich die revoltierenden Studenten im Sommersemester das Recht nehmen, sie für alle diejenigen zu öffnen, denen die Universität die Zulassung verweigert.

von Konfrontationen mit immer neuen Gegnern oder Partnern: mal Professoren gegen andere Professoren, mal Studenten gegen Assistenten und Professoren gegen Politiker, mal Studenten gegen Studenten — und irgendeiner bleibt immer auf der Strecke:

So der Soziologie-Doktorand Martin Baethge in Göttingen, der an seiner Universität nicht promovieren konnte, weil sich Professoren über die Bewertung der mit Engagement verfaßten bildungspolitischen Arbeit über „Wirtschaftsinteressen und Bildungspolitik“ nicht einigen konnten; während Doktor-Vater Professor Hans Paul Bahrdr in ein „opus eximium“, ein „ausgezeichnetes Werk“, sah, beanstandete der Gutachter Professor Alfred Heuß ein „Vokabular der Diffamierung“.

So der Politologie-Professor Christian Graf von Krockow in Frankfurt,

der unlängst um Entlassung aus dem Beamtenverhältnis als ordentlicher Professor bat, weil seine Reformbemühungen ihm von Kollegen den Vorwurf eintrugen, er betreibe „Verrat an der Ordinarien-Universität“, und weil er sich andererseits der „dogmatischen Indienstnahme der Wissenschaft für revolutionäre Utopien“ durch radikale Studenten widersetze.

So der Jura-Student Gerhard Nolle in Marburg, der auf Lebenszeit von der Philipps-Universität relegiert wurde, weil er Vorlesungen des Rechtsprofessors Ernst Wolf wiederholt mit Zwischenrufen gestört und Aushänge des Professors mit der Aufschrift versehen hatte: „Wolf redet Scheiße.“ (siehe Kasten Seite 52).

So der Akademische Rat Dr. Hans Joachim Winkler in Marburg, der den Hochschuldienst quittierte, nachdem die beiden Direktoren des Soziologischen Instituts, die linken Professoren Heinz Maus und Werner Hofmann, seinetwegen in Streit geraten waren. Hofmann warf dem ehemaligen Maus-Assistenten Winkler vor, er habe Forschungsmittel zweckentfremdet und Studenten durch unbezahlte und nur

notdürftig vertraglich gesicherte Arbeit für eigene Zwecke eingespannt. Maus hingegen wertete solche Vorwürfe gegen seinen Ex-Assistenten als „absolut unrichtige Entstellungen“.

Was sich mitunter an altherwürdigen Hochschulen zuträgt, bleibt auch den neuen Universitäten — etwa in Bochum und Konstanz — nicht erspart. Hier wie dort, mal leiser, mal lauter, hadern und feilschen Wissenschaftler aller Ränge um Planstellen, Laboreinrichtungen und Bibliotheksausstattungen. Unter Lehrenden wie Lernenden gedeiht das „Wechselspiel von Gruppenangst und Gruppenaggression“, wie Dr. Rolf Hildebrandt, Studienberater an der Frankfurter Universität, die Zustände charakterisiert.

Und überall Mängel im Überfluß:

Es fehlen Wissenschaftler. Gemessen an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, gab es allein an der Universität Stuttgart im vergangenen Semester 31 Planstellen für Mathematiker zu wenig (fast 50 Prozent des Solls). An der Universität Gießen errechnete die Medizinische Fakultät im April dieses Jahres ein Defizit von 60 Planstellen (25 Prozent des Solls) für wissenschaftliche Assistenten.

Es fehlen Arbeitsplätze für Studenten. An der Universität Köln gibt es nicht einmal für die Hälfte aller Teilnehmer am Geographischen Unterseminar einen Sitzplatz; nur acht von hundert Bibliotheks-Benutzern finden zur gewünschten Zeit die notwendige Fachliteratur in den Regalen. In Tübingen stehen für 800 Mathematik-Studenten nur 35 Arbeitsplätze zur Verfügung, und die Hälfte der Chemie-Studenten konnte im vergangenen Semester keine Praktika machen. Dutzende von Hochschulinstituten können sich nur mit Zulassungsbeschränkungen (Numerus clausus) behelfen.

Es fehlt Geld. Obwohl der Wissenschaftsrat der Gießener Universität zum Ausbau der Medizinischen Fakultät 100 Millionen Mark empfohlen hat, bewilligte die hessische Landesregierung nicht einmal die Hälfte.

Es fehlt Zeit. Eine Umfrage des Soziologen Helmut Schelsky unter Professoren der Universität Münster etwa ergab, daß ein Hochschullehrer bei einer 68 1/2-Stunden-Woche allein 15 1/2 Stunden lang verwaltet, knapp acht Stunden forscht und acht Stunden — außerhalb der Universität — als Experte Dienst tut; die restlichen 37 Stunden bereitet er Vorlesungen und Seminare vor, hält Prüfungen und Kollegs ab. Für individuelle Studentenberatungen können die Professoren kaum mehr Zeit aufwenden als die meisten Assistenten, die es auch nur auf fünf Stunden wöchentlich bringen, wie der Mainzer Assistent Dr. Peter Kaupp in einer Umfrage ermittelte.

Und es fehlen — vielleicht der ärgste Mangel — klare Studienvorschläge, einheitliche Prüfungsordnungen und Chancengleichheit beim Erwerb akademischer Grade.

Hinter gleich klingenden akademischen Titeln verbirgt sich vielerorts

## „LAUNEN DES RECHTS-CHAOS“

Warum der Marburger Ordinarius Benz im Sommersemester 1969 seine Vorlesungen einstellte

Am 28. Mai 1969 gab Professor D. Dr. phil. Dr. theol. Ernst Benz in einem von der FAZ veröffentlichten Inserat den Abbruch seiner Lehrveranstaltungen bekannt, weil er keine Gewähr dafür sah, daß ihm „angedrohte ‚konkrete Aktionen‘ verhindert werden könnten“. Der erzkonservative Kirchenhistoriker ist einer der Infiltratoren des „Marburger Manifestes“ vom 17. April 1968, in dem 1500 Hochschullehrer kundtun, „daß kein anderer Kulturstaat der Erde außer der Bundesrepublik und der Volksrepublik China auf den Gedanken kam, eine so kostbare und kostspielige Institution wie die Universität und die an ihr bestehende Organisation von Forschung und Lehre zu ‚demokratisieren‘“.

Nachdem die Leitung der Theologischen Fachschaft der Universität Marburg bereits seit zwei Jahren die öffentliche Meinung der Marburger Studentenschaft durch eine diskriminierende Agitation gegen mich als Mitautor des „Marburger Manifestes“ aufzuwiegeln versuchte, hat sie nunmehr die in der neuen Universitätssatzung widerrechtlich vorgesehene Bildung von Anstaltsbeiräten benutzt, um ohne irgendwelche Rücksprache mit mir als Institutsdirektor in einem rein diktatorischen Verfahren Wahlen von studentischen Beiratsmitgliedern in die von mir geleiteten Institute für Kirchengeschichte, Oekumenik und Patristik vorzunehmen, Beiratsmitgliedern, die die Mindestbedingungen für eine beratende Tätigkeit in keiner Weise erfüllen und deren Mitarbeit ich aufgrund der mir vom Herrn Hessischen Kultusminister durch meine Ernennung zum Institutsdirektor übertragenen wissenschaftlichen Verantwortung für eine sachgemäße Tätigkeit der Institute ablehnen mußte.

Die Leitung der Theologischen Fachschaft hat mir nunmehr bei Nichterfüllung der von ihr an mich gestellten Forderungen bis zum 6. Juni die Einleitung von „konkreten Aktionen“, d. h. Sprengung meiner Vorlesungen und Seminare und Besetzung der von mir geleiteten Institute angekündigt.

Ich habe daraufhin sowohl den Herrn Dekan der Theologischen Fakultät wie auch das Direktorium der Universität Marburg darauf hingewiesen, daß hier der strafrechtlich verfolgbare Tatbestand des Versuchs der Nötigung vorliege. Während der Dekan der Theologischen Fakultät meine Mitteilung vollständig ignorierte, erhielt ich von einem Mitglied des Dreier-Direktoriums der Philipps-Universität die mündliche Aufklärung, daß die geltende Satzung der Philipps-

Universität eine wirksame Verhinderung der angedrohten Störmaßnahmen nicht erlaube und daß auch von einem etwaigen persönlichen Eingreifen eines Mitglieds des Direktoriums im Fall einer Sprengung meiner Vorlesung oder im Fall einer Behinderung meiner Person am Verlassen des durch Störtrupps blockierten Hörsaals kein Erfolg zu erwarten sei. Dieses Direktionsmitglied lehnte es für sich selber ab, in einem Störungsfall tätig einzugreifen. Ich erhielt vielmehr von ihm den Rat, ich möge mich mit der Fachschaftsleitung auf irgendeine Weise arrangieren ... Da ich die Forderungen der Fachschaftsleitung für verfassungswidrig und sogar im Sinn der neuen — ihrerseits in vielen Punkten verfassungswidrigen — Universitätssatzung für ungesetzlich halte,

konnte ich mir diesen pflichtwidrigen Rat nicht zu eigen machen.

Ich selbst habe in den 68 Semestern meiner bisherigen Lehrtätigkeit Vorlesungen und Seminare nie für mich selbst und zu meiner eigenen Belustigung, sondern stets nur für Studenten gehalten, die zum Zweck der von ihnen erstrebten akademischen Ausbildung meine Vorlesungen belegten. Nachdem aber meine Vorlesungen und Seminare nunmehr nach Meinung der Fachschaftsleitung Veranstaltungen sind, durch deren Sprengung man mich für meine Nichtanerkennung der verfassungs- und satzungswidrigen Diktatur dieses Gremiums zu bestrafen meint, und nachdem gemäß der Auskunft des Direktoriums der Universität Marburg angeblich keine rechtliche Möglichkeit besteht, einen solchen Versuch der Nötigung zu verhindern, stelle ich fest, daß mir die Weiterführung meiner Lehrtätigkeit unmöglich gemacht ist. Ich kann es auch meiner Selbstachtung, meinem wissenschaftlichen Ansehen und meiner Gesundheit nicht länger zumuten, mich den Launen eines offen zugegebenen Rechts-Chaos an der Universität Marburg und dem Dauerzustand einer Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Freiheit von Forschung und Lehre auszusetzen.

Ich sehe mich daher gezwungen, mit dem heutigen Tag meine Vorlesungen und Seminarsitzungen so lange einzustellen, bis durch entsprechende Maßnahmen die Gewähr geschaffen ist, daß die angedrohten „konkreten Aktionen“ gegen mich verhindert werden ...



Benz

ein ungleiches Maß an Arbeitsaufwand und wissenschaftlichem Renommee. Von hundert Medizinerinnen erwerben in der Bundesrepublik über fünfzig den Doktor-Grad, oft mit einer Arbeit, die nicht mehr als acht Wochen in Anspruch nimmt. Von hundert Englisch-Studenten aber promovieren nur zwei oder drei — und das bei einem Zeitaufwand von mehreren Jahren.

Unterschiedlichen Wert haben in vielen Fällen wiederum die Doktor-Titel gleicher Fakultäten. So verzeichnete die Promotionsstatistik der Juristischen Fakultät in Köln 1968 insgesamt 124 Promotionen, die Juristische Fakultät der Freien Universität Berlin hingegen nur 18 Doktor-Grade. Der Berliner Jura-Professor Roman Herzog kommentiert den Unterschied: „Unter den Eingeweihten ist dann eben der Berliner Doktor-Grad oder der Münchner Doktor-Grad... etwas mehr wert als an anderen Fakultäten.“

Wie willkürlich Prüfungsordnungen oft zustande kommen, zeigt jener Restbestand an humanistischer Bildung, den Examens-Kandidaten an vielen Fakultäten in Form des Großen oder Kleinen Latinums nachweisen müssen. Während in Köln und Tübingen der doctor iuris nur an Kandidaten verliehen wird, die der Sprache Ciceros und Catulls mächtig sind, dürfen in Mainz auch Juristen promovieren, die über keinerlei Lateinkenntnisse verfügen.

Opfer mangelnder Koordination an den deutschen Hochschulen werden auch Soziologie-Studenten, die je nach Universität und Fakultät verschiedene Studiengänge mit unterschiedlichen Fächerkombinationen absolvieren müssen — je nachdem, ob die soziologischen Institute an philosophischen, rechts- und staatswissenschaftlichen oder an wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten eingerichtet wurden.

So stellt sich mit unterschiedlichen Prüfungsbedingungen, Examensordnungen und unklaren Studienplänen das Studium vielfach dar als ein akademisches Labyrinth, in dem Studenten erst nach mancherlei Irrwegen verspätet ans Ziel gelangen: Künftige Gymnasiallehrer verlassen im Durchschnitt die Universität als Lehramtskandidaten statt nach acht erst nach zwölf Semestern; Juristen nicht nach sieben, sondern erst nach zehn Semestern.

Eine Repräsentativ-Befragung von 1983 Studienanfängern des Jahres 1957 ergab, daß nach mehr als sieben Jahren 15 Prozent der Kommilitonen noch immer in den Hörsälen saßen. 22 Prozent hatten das Studium aufgegeben, davon

- ▷ 11 Prozent bei den Pharmazeuten,
- ▷ 15 Prozent bei den Theologen,
- ▷ 16 Prozent in der Medizin,
- ▷ 17 Prozent bei den Naturwissenschaftlern,
- ▷ 17 Prozent in den Rechtswissenschaften,



Assistenten im Seminar: Professoren-Arbeit ohne Professoren-Salär

## „DAS BISSCHEN ZIMT ZUR SPEISE“

Der hochschulpolitische Standort der Assistenten

Dr. Peter Fischer-Appelt, Vorsitzender der Bundes-Assistenten-Konferenz (BAK), in der Studentenzeltung „input“:

Die 30 000 Wissenschaftlichen Mitarbeiter, die drei Viertel des Lehr- und Forschungspersonals an den deutschen Hochschulen ausmachen, sind bei der Durchsetzung von Reformen ein wichtiger Faktor:

- ▷ Sie tragen heute überwiegend den Prozeß von Forschung und Lehre einschließlich der Verwaltungsarbeit in den Instituten;
- ▷ aus ihrem Kreise werden 90 Prozent der Hochschullehrer von morgen hervorgehen;
- ▷ sie könnten aufgrund ihrer Stellung, Sachkenntnis und Beweglichkeit die notwendige Integration und Vermittlung der divergierenden Kräfte in den Hochschulen leisten.

Sie werden sich dabei nicht dem kurzfristigen Verlangen nach Ruhe und Ordnung erschließen, dem Bund und Länder mit erstaunlicher Eile und Einhelligkeit durch partikuläre Ordnungsmaßnahmen Geltung zu verschaffen im Begriffe stehen, während die Einigung in Fragen der Hochschulreform seit Jahren auf sich warten läßt.

Sie werden sich ebenso dagegen wenden, daß sie als Schutz und

Schirm gegen die Revolte der Studenten verstanden werden könnten, wie sie sich dagegen verwahren, daß durch gewaltsame Aktionen Menschen ruiniert und die übergreifenden emanzipatorischen Ziele diskreditiert werden.

Um diese Ziele nach dem Maßstab anspruchloser Gerechtigkeit und gewaltloser Freiheit zu verwirklichen, werden die Assistenten mit den Studenten zusammenarbeiten, wo immer sich die Gelegenheit dazu bietet. Es könnte dem Stil der Assistenten entsprechen, das „bisschen Zimt zur Speise“ zu liefern, das auch den reiferen Mitgliedern der Hochschule und der Gesellschaft die Sache der Demokratie schmackhaft macht, ohne daß sie ihnen nur eingetrichtert wird.

Die Assistenten jedenfalls werden sich bemühen, durch die Arbeit ihrer Konferenzen in Bund und Ländern und durch sachverständige Einflußnahme auf die Entscheidungen der akademischen Organe zu verdeutlichen, daß das Gesamtinteresse einer in Forschung, Lehre und Ausbildung freien, das heißt demokratischen und leistungsfähigen Hochschule das Maß und Ziel ihrer hochschulpolitischen Arbeit ist.



Fischer-Appelt

- ▷ 24 Prozent in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,
- ▷ 38 Prozent in den Fächern der Philosophischen Fakultät.

Aber auch neue Prüfungsordnungen und Studienpläne, wie sie eine gemeinsame Kommission der WRK und der Kultusminister-Konferenz seit 1959 vorlegt, künden noch nicht von einer radikalen Reform, die nur durch selbstkritische Entrümpelung ganzer Studienzweige möglich wäre.

Zu jener Art wissenschaftlicher Selbstreflektion, die das Studium auf die — sich ständig wandelnden — Berufserfordernisse abstellt, ist die Alma mater nicht imstande. Ob etwa ein Apotheker, der heutzutage fast nur noch Fertigfabrikate pharmazeutischer Großfirmen über den Ladentisch reicht, an der Universität so ausgebildet werden muß, als solle er befähigt werden, noch einmal das Penicillin zu

ten und Hilfsassistenten, Oberingenieure und Oberassistenten, wissenschaftliche Räte und Lehrbeauftragte, Lektoren und Studienräte im Hochschuldienst — aus uralten Abhängigkeiten zu lösen und ihm mehr Möglichkeiten für selbständige wissenschaftliche Arbeit zu geben.

Denn obwohl die Wissenschaftler ohne Professoren-Rang manchmal Vorlesungen, Seminare und Übungen halten, Studenten prüfen und Examenschriften korrigieren, fühlen sie sich noch immer als „dritter Stand an den deutschen Hochschulen“ (so Soziologie-Assistent Kaupp). Sie tun Professoren-Arbeit ohne Professoren-Titel und Professoren-Salär.

Als „unmündige Kammerdiener und Privatsekretäre der Professoren“ (Studenten-Klassifizierung) müssen sie hin und wieder Professoren-Bücher schreiben und Professoren-Kinder hü-

ten nicht in vorderster Front der Radikalen stehen, sondern das „Gesamtinteresse... einer demokratischen und leistungsfähigen Hochschule“ — so der Vorsitzende der Bundes-Assistenten-Konferenz (BAK), Dr. Peter Fischer-Appelt — noch immer als das „Maß und Ziel ihrer hochschulpolitischen Arbeit“ betrachten (siehe Kasten Seite 57).

Ermutigt durch Studentenstreiks, sinnen nun aber auch die Assistenten auf Mittel und Wege, um ihrerseits ausgebliebene Reformen zu erzwingen. Ein „System abgestufter Maßnahmen“ — bis zum „Dienst nach Vorschrift“ — soll Assistenten-Unmut künftig spürbar machen und Professoren zwingen, Privilegien aufzugeben.

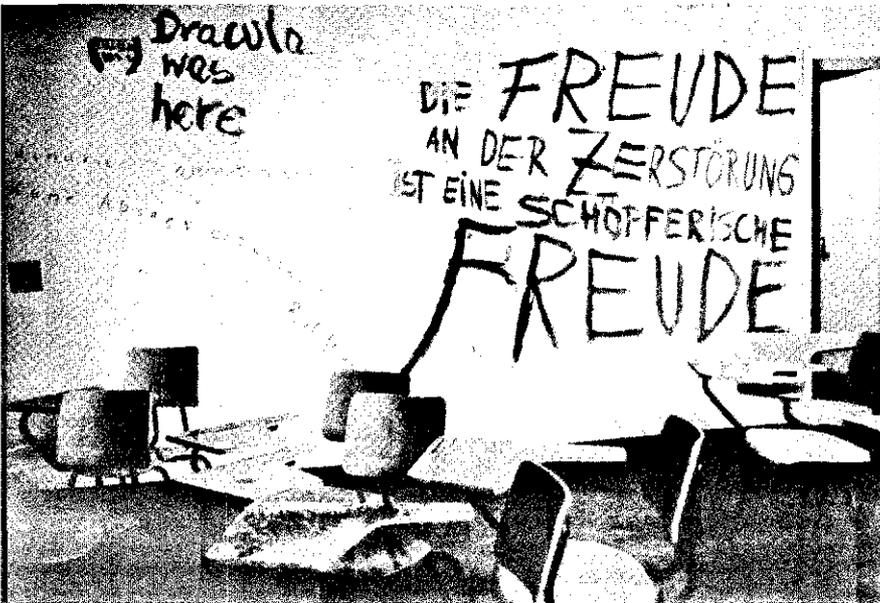
Wie schwierig das ist, zeigt sich an der vergleichsweise modern konzipierten neuen Universität in Konstanz, wo reformfreudige Gründer von Anfang anstelle alter Institute neue Fachbereiche schufen. In Konstanz steht jedem Hochschullehrer noch ein bestimmter Fonds zu, über den er frei verfügen kann, ohne die Zustimmung der Fachkollegen einzuholen. „Alte Rivalitäten, Abhängigkeiten und Ungerechtigkeiten schwelen unter der Decke“ — so beschreibt der Konstanzer Politologie-Assistent Dr. Wolf-Dieter Narr die Situation an den neuen Hochschulen.

Was für die Universität in Konstanz nur ein Risiko sein mag, ist für die meisten anderen Hochschulen tägliche Gewißheit: Sie ächzen unter ihren Unzulänglichkeiten und sind nicht imstande, sie zu beheben. „Die Ordinarien-Universität“, konstatiert Ordinarius Alexander Schwan, „ist mit ihrem Latein am Ende.“

„Deklarationen des guten Willens gibt es heute im Überfluß“, resümierte der Konstanzer Soziologe Ralf Dahrendorf die Reformdebatten der letzten Jahre, „auch an mehr oder minder hochtrabenden Erfolgsberichten einzelner Institute, Fakultäten und Hochschulen und Kultusminister ist kein Mangel, ... aber noch haben alle Verantwortlichen eher Grund, schamrot zu werden, als sich mit angeblichen Verdiensten zu schmücken, wenn sie von der Hochschulreform sprechen.“

Noch skeptischer äußert sich Dahrendorfs Kollege Professor Helmut Schelsky. „Die Chancen zu einer bloß reformerischen Lösung der Erneuerung der traditionellen deutschen Universität sind verpaßt“, schreibt der Soziologe in seinem jüngsten, noch nicht veröffentlichten Buch. „Erforderlich ist ein planmäßiger Neuaufbau des westdeutschen Wissenschaftssystems und seines Hochschulwesens.“

Der in Münster lehrende Soziologe, der seiner Veröffentlichung den resignierenden Titel „Abschied von der Hochschulpolitik“ geben will, mag nicht ausschließen, daß sich „die Universitätskrise zur allgemeinen Staatskrise ausweitete“. Der SPIEGEL veröffentlicht auf den folgenden Seiten Auszüge aus der Schelsky-Betrachtung.



Studenten-Parole (in Hamburg): „Erforderlich ist ein planmäßiger Neuaufbau“

entdecken — solche Fragen sind noch tabuisiert.

Das zu ändern hieße, das ganze Geflecht wissenschaftlicher und hochschulorganisatorischer Traditionen aufzudröseln. Es hieße, neue Maßstäbe zu setzen für Kliniken und Labors, die — gemessen an der Zahl der Beschäftigten und der Höhe der Investitionen — heute industriellen Unternehmen gleichen.

Es hieße, neu zu definieren, was für die Universität „Einheit von Forschung und Lehre“ noch bedeuten kann in einer Zeit, da die Großforschung längst aus den Universitäten abgewandert ist und ein einziges Großunternehmen der chemischen Industrie in einem Jahr einen Betrag für Forschung aufwendet (BASF 1969: 400 Millionen Mark), der größer ist als der Gesamtetat mehrerer deutscher Universitäten.

Und es hieße, die ganze Ordinarien-Universität mit ihren Petrefakten aufzugeben und insbesondere den akademischen Mittelbau — Assisten-

ten — oder, wie im Dienst eines Münchener Soziologen geschehen, gar Professoren-Unterleibchen zählen.

Den wissenschaftlichen Mitarbeitern bleibt — eingesponnen in dem Netz befohlener Auftragsarbeit für den vorgesetzten Ordinarius, selbstverantworteter Studenten-Unterweisung und zeitraubender Verwaltungstätigkeit — meist nur wenig Zeit für die eigene wissenschaftliche Arbeit. Schon vor Jahren errechneten Soziologen zum Beispiel, daß Tübinger Mediziner eine auffallend „lange Zeitspanne zwischen Promotion und Habilitation — im Durchschnitt über zwölf Jahre“ benötigen.

Die deutsche Universität, erkannte der Kieler Politologe Michael Freund denn auch, präsentiert sich als eine „Oase der Wartenden“ — wo Assistenten und Privatdozenten lange ausharren müssen, bis ihnen die Würde des Habilitierten oder ein Lehrstuhl zuteil wird.

Angesichts dieser Verhältnisse nimmt es geradezu wunder, daß die Assisten-